

# DIAS–Analyse

Nr. 22 • Februar 2008

Klaudia Köhn M.A.

## Česka Republika

Die Tschechische Republik im Überblick

**Klaudia Köhn M.A.**

- 1999-2004 Studium der Germanistik und Politikwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf
  - Seit 2005 Promotionsstudentin für Politikwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf über die tschechische Außenpolitik während des Irak-Krieges 2003
  - Seit 10/2005 Wissenschaftliche Hilfskraft am IFD für das "Interdisziplinäre Friedenswissenschaftliche Weiterbildungsstudium Konflikt und Frieden" (IF)
- Die Verfasserin ist erreichbar unter [Klaudia.Koehn@gmx.de](mailto:Klaudia.Koehn@gmx.de)

Klaudia Köhn M.A.  
Česka Republika, DIAS-Analyse Nr.[22], [Februar 2008]  
Düsseldorf, Februar 2008

Herausgeber  
Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.  
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität  
Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

[www.dias-online.org](http://www.dias-online.org)

© [2008], Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

ISBN:

**Inhaltsverzeichnis**

|   |          |
|---|----------|
| <b>Einführung .....</b>   | <b>1</b> |
| <b>Innenpolitische Angelegenheiten &amp; Volkswirtschaft.....</b> | <b>1</b> |
| <b>Außenpolitische Angelegenheiten/ Militär .....</b>             | <b>4</b> |
| <b>Ausblick .....</b>   | <b>7</b> |
| <b>Literatur/ Internet .....</b>                                  | <b>8</b> |

---

## Einführung

Die Tschechische Republik, amtliche Bezeichnung *Česka Republika*, existiert in ihrer heutigen Form als selbstständiger Staat mit einer Gesamtfläche von 78.886 km<sup>2</sup> seit dem 1. Januar 1993. Die Nationalhymne trägt den Titel ‚Kde domov můj?‘ (Wo ist mein Vaterland?). 2.303 km Staatsgrenze trennen die 10.287.189<sup>1</sup> Einwohner Tschechiens von seinen Nachbarländern Polen, Deutschland, Slowakei und Österreich. Tschechien liegt somit im ‚Herzen Europas‘. Als Währung gilt die *Koruna česká* (Kč) – die Tschechische Krone.<sup>2</sup> Die Amtssprache ist tschechisch; Hauptstadt und Regierungssitz ist Prag (Praha) mit 1,2 Millionen Einwohnern.<sup>3</sup> Nach der ‚samtenen Revolution‘, die im November 1989 den Fall des kommunistischen Regimes herbeiführte, teilte sich die Tschechoslowakei am 31. Dezember 1992 in zwei souveräne Staaten<sup>4</sup> (laut Verfassungsgesetz vom 25.11.1992 des ČSFR-Parlaments beschlossen)<sup>5</sup>. Nach einer, sowohl politischen, als auch wirtschaftlichen Transformationsphase, die mittlerweile in eine Konsolidierungsphase übergegangen ist, trat die Tschechische Republik am 1. Mai 2004 der Europäischen Union bei und ist seit Ende 2007 auch Mitglied des Schengener Abkommens. Schon viel früher, im Jahre 1999, erfolgte durch den Beitritt zur NATO die Anbindung an den Westen.

## Innenpolitische Angelegenheiten & Volkswirtschaft

Die Tschechische Republik ist eine parlamentarische Demokratie. In Tschechien ist der Präsident nicht nur Repräsentant, sondern auch Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Derzeit schließt somit Václav Klaus (zusammen mit dem Ministerpräsidenten) internationale Verträge ab, ernennt und entlässt den tschechischen Ministerpräsidenten und die Minister und hat auch die Möglichkeit, das Abgeordnetenhaus aufzulösen.<sup>6</sup> Dennoch ist er außenpolitisch nicht allein entscheidungsbefugt, auch wenn Václav Havel diesem Amt in seiner Zeit seinen eigenen Stempel aufdrückte. Die tschechische Verfassung legt in Art. 67 fest, dass die Regierung und nicht der Präsident „Kopf der Exekutive“ ist.<sup>7</sup> Am 15. Februar 2008 wurde Klaus als Präsident für eine zweite fünfjährige Amtszeit bestätigt.<sup>8</sup>

Das Zwei-Kammer-Parlament (bestehend aus Abgeordnetenhaus und Senat) verabschiedet Gesetze und wird am Entscheidungsprozess zu bedeutenden internationalen Abkommen beteiligt. Das Abgeordnetenhaus setzt sich aus 200 Abgeordneten zusammen, die alle vier Jahre neu gewählt werden müssen (zuletzt am 2./3. Juni 2006), der Senat hat 81 Mitglieder, die für sechs Jahre im Amt bleiben – alle zwei Jahre wird ein Drittel der Senatoren neu bestimmt (zuletzt im Oktober 2006). Die Regierung, bestehend aus Ministerpräsident, seinem Stellvertreter und den Ministern ist das zentrale Organ der Exekutive und leitet sowohl die Tätigkeit der Ministerien, als

---

<sup>1</sup> Vgl. Auswärtiges Amt: Tschechische Republik. Wirtschaftsdatenblatt, <http://auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/TschechischeRepublik/Wirtschaftsdatenblatt.html>, Stand: 27.12.2007

<sup>2</sup> Vgl. Daten und Fakten, Botschaft der Tschechischen Republik in Berlin, <http://www.mzv.cz/www/default.asp?id=13917&idj=36&amb=2&ParentIDO=1094>, Stand: 11.10.2005

<sup>3</sup> Vgl. Tschechien, [http://www.ipicture.de/daten/land\\_tschechien.html](http://www.ipicture.de/daten/land_tschechien.html), Stand 11.10.2005

<sup>4</sup> Vgl. Politisches System, Botschaft der Tschechischen Republik in Berlin, <http://www.mzv.cz/www/default.asp?id=25939&ido=13921&idj=36&amb=2&ParentIDO=1094>, Stand: 11.10.2005

<sup>5</sup> Vgl. Hink, Matthias: Vergleich der Gesetze zur Privatisierung der staatlichen Unternehmen in der ehemaligen DDR, Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik. Berlin, 1995, S. 86

<sup>6</sup> Vgl. Vodička, Karel: Politisches System Tschechiens. Vom kommunistischen Einparteiensystem zum demokratischen Verfassungsstaat. Münster, 1996, S. 372ff.;

Vgl. Mitteldeutscher Rundfunk: Politisches System. Zweikammernparlament und starker Präsident (09.04.2003), <http://www.mdr.de/eu/beitrittslaender/tschechien/658301.html>, Stand: 16.03.2005

<sup>7</sup> Vgl. van Ooyen, Robert Chr.: Misstrauensvotum und Parlamentsauflösung: Regierungssysteme der MOE-Staaten im Vergleich. Duisburg, 2000, S. 24

<sup>8</sup> Vgl. Tschechien: Klaus bleibt Präsident. In: Westdeutsche Zeitung, 16. Februar 2008, S. 4

auch die Organe der Staatsverwaltung.<sup>9</sup> Die Regierung wird seit Januar 2007 durch eine Koalition, bestehend aus der demokratischen Bürgerpartei (ODS), den Christdemokraten (KDU-ČSL) und den Grünen (SZ) gestellt. Sie steht mit 100 eigenen Abgeordneten (81 ODS, 13 KDU-ČSL, 6 SZ) und zwei Fraktionslosen (ehemalige Sozialdemokraten) jedoch auf wackeligen Beinen. Die ODS stellt mit Mirek Topolánek den Ministerpräsidenten.<sup>10</sup> Die Amtszeit der vorherigen Koalition (seit 2002) wurde vor allem durch einen mehrmaligen Wechsel der Ministerpräsidenten geprägt (mit Vladimír Špidla, Stanislav Gross und Jíří Paroubek insgesamt drei seit der Parlamentswahl).

Die zentrale Verwaltung Tschechiens wurde beendet und bis Ende 2003 statt den bisherigen Kreisen (okresy) 14 Regionen (kraj) geschaffen, die nun selbstständige Verwaltungseinheiten bilden und einen eigenen Hauptmann (hejtman) wählen – auch die kommunale Selbstverwaltung wurde gestärkt.

Die Situation der ca. 250.000-300.000 Roma im Land ist weiterhin problematisch. So sollen nach einer Studie vom September 2006 in den letzten Jahren in den Regionen Nordböhmen und Nordmähren Ghettos entstanden sein. Etwa 80.000 Roma leben demnach in sozial und gesellschaftlich isolierten Gebieten. Die tschechische Regierung verstärkt weiterhin ihre Anstrengungen und möchte die momentane Lage hauptsächlich bildungs- und arbeitsmarktpolitisch verbessern. So wurde der Vorschlag zur Bildung einer Agentur zur Lösung der sozialen Ausgrenzung von Roma aufgegriffen.<sup>11</sup>

Im Bereich der Volkswirtschaft verzeichnet Tschechien im Jahre 2006 ein Bruttoinlandsprodukt von 117,12 Mrd. Euro – das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf liegt bei 11.407,96 Euro und die Inflation bei 2,5%. Tschechien hat mit einem Haushaltsdefizit von -3,44 Mrd. Euro (EU-Methodik) und einer Außenverschuldung von 44,26 Mrd. Euro zu kämpfen. Die ausländischen Direktinvestitionen betragen 2006 4,75 Mrd. Euro, Deutschland hat hieran einen Anteil von 923,55 Mill. Euro.<sup>12</sup> Somit bleibt die Bundesrepublik konstant Tschechiens Handelspartner Nr.1.<sup>13</sup> Die Arbeitslosenquote im März 2007 beträgt 7,3% (hier sticht vor allem die Region Ústí nad Labem mit 13,2 % Arbeitslosigkeit hervor).<sup>14</sup> Im August 2007 brachte die Koalition im Bereich Steuer und Finanzen ein umfangreiches Gesetzespaket auf den Weg. Dieses beinhaltete neben makroökonomischen Stabilisierungsmaßnahmen eine Mehrwertsteuererhöhung sowie sozialpolitische Einbußen für die Bevölkerung.<sup>15</sup>

Die Umweltpolitik rückte nach 1989 verstärkt in den Blickpunkt. Allein 12 Mrd. Euro wurden in den Jahren 1990 bis 2003 für den Umweltschutz bereit gestellt.<sup>16</sup> Durch die EU-Mitgliedschaft

---

<sup>9</sup> Vgl. Politisches System, Botschaft der Tschechischen Republik in Berlin, <http://www.mzv.cz/wwwo/default.asp?id=25939&ido=13921&idj=36&amb=2&ParentIDO=1094>, Stand: 11.10.2005

<sup>10</sup> Vgl. Auswärtiges Amt: Tschechische Republik. Innenpolitik, <http://auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/TschechischeRepublik/Innenpolitik.html>, Stand: 20.12.2007

<sup>11</sup> Vgl., ebd.

<sup>12</sup> Zahlen für 2006: Vgl. Auswärtiges Amt: Tschechische Republik. Wirtschaftsdatenblatt, <http://auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/TschechischeRepublik/Wirtschaftsdatenblatt.html>, Stand: 27.12.2007

<sup>13</sup> Vgl. Auswärtiges Amt: Tschechische Republik. Wirtschaft, <http://auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/TschechischeRepublik/Wirtschaft.html>, Stand: 27.12.2007

<sup>14</sup> Vgl. Deutsch-tschechische Industrie- und Handelskammer: Wirtschaftliche Kennzahlen und Statistiken, Arbeitslosenquote nach Bezirken März 2007, [http://www.dtihk.cz/fileadmin/user\\_upload/Wirtschaftsdaten/Arbeitsmarkt/Arbeitslosenquote\\_bezirken\\_0\\_07.pdf](http://www.dtihk.cz/fileadmin/user_upload/Wirtschaftsdaten/Arbeitsmarkt/Arbeitslosenquote_bezirken_0_07.pdf), Stand: 27.12.2007

<sup>15</sup> Vgl. Auswärtiges Amt: Tschechische Republik. Innenpolitik, <http://auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/TschechischeRepublik/Innenpolitik.html>, Stand: 20.12.2007

<sup>16</sup> Vgl. Auswärtiges Amt: Tschechische Republik. Wirtschaft, [http://auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender\\_ausgabe\\_html?type\\_id=12&land\\_id=174](http://auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=12&land_id=174), Stand: 18.10.2005

kommen weitere Auflagen hinzu, die erfüllt werden müssen (bis 2010 sollen nach einer Forderung der EU-Kommission beispielsweise 8% der Stromproduktion aus erneuerbaren Ressourcen wie Windkraft, Wasser, Biomasse und Solar kommen)<sup>17</sup>. Noch verstärkt durch die Regierungsbe- teiligung der Grünen (SZ) seit 2007 arbeitet Tschechien u.a. in den Bereichen Naturschutz, In- dustrieunfälle, Luftreinhaltung und Wasserver- bzw. Abwasserentsorgung eng mit Deutschland zusammen. Bayern und Sachsen treten als Partnerregionen hier besonders hervor. Trotz vieler, von den EU-Strukturfonds unterstützten, Bemühungen bleibt die Umwelt- und Energiepolitik ein Reizthema in der Koalition – nicht zuletzt durch die Kernenergie.<sup>18</sup>

In der Rolle als neues EU-Mitgliedsland musste sich Tschechien zwangsläufig mit dem Gedanken eines Beitritts zur Währungsunion auseinandersetzen: Nach der Transformation vom alten plan- wirtschaftlichen Staat hin zur freien Marktwirtschaft der EU und nun zum Euro. Schon vor der Trennung in zwei unabhängige Staaten begann in der Tschechoslowakei ein Umdenken und eine daraus resultierende Abgrenzung von der kommunistisch geprägten wirtschaftlichen Vergangen- heit.<sup>19</sup> Zeichen für diesen Umschwung war vor allem die zunehmende Privatisierung staatlicher Unternehmen (durch Direktverkauf oder durch Umwandlung in Aktiengesellschaften) und die Liberalisierung des Außenhandels. Grund für die Bereitschaft, dieses Risiko einzugehen, waren unter anderem die vielen in Aussicht gestellten Auslandskredite und Investitionen. Der erste ‚Schock‘ ereilte das junge Transformationsland durch den Zusammenbruch des Ostmarktes zu Beginn der 90er Jahre und einen damit verbundenen Produktionsrückgang in der Industrie (auch das BIP sank infolgedessen).<sup>20</sup> 1993 gelang es, die Wirtschaft wieder zu stabilisieren. Bereits ein Jahr später waren die Staatsbetriebe weitestgehend privatisiert, obwohl noch einige Veränderun- gen innerhalb der Firmen fehlten. Dennoch wurden diese Bestrebungen mit Erfolg belohnt: Im Vergleich zu den Nachbarländern im Osten konnte sich die tschechische Wirtschaft am besten festigen. Der Einbruch der Wirtschaft ereignete sich 1997, als der bisherige Aufschwung stagnier- te, und dabei auch die Arbeit der Regierung von Ministerpräsident Václav Klaus bei der Bevölke- rung in Misskredit fiel. Firmen und Banken mussten aufgrund des dramatischen Absturzes der Wachstumsrate schließen. Auch die Abwertung der Krone durch die Freigabe des Wechselkurses und eine weitere Reduktion der Staatsausgaben (vor allem im sozialen Bereich) halfen nicht. Das Hochwasser von 1997 an Oder, Neiße und Weichsel verschlimmerte die innerstaatliche Situation noch. Hinzu kamen politische Skandale: Klaus trat im November 1997 nach der Aufdeckung ei- ner Parteispendenaffäre zurück.<sup>21</sup> So befand sich Tschechien Ende der 90er Jahre nach einem kurzen Höhenflug sowohl in einer politischen als auch in einer schweren wirtschaftlichen Krise.

Die Vorteile eines schnellen Euro-Beitritts wären für alle Kandidaten zunächst die Zinssenkung, stabile Wechselkurse und Preise sowie ein hierdurch bedingtes Abflachen der Inflationsrate. Hauptsächlicher Nachteil ist die hiermit verbundene Herausforderung, die selbständige Geld- und Währungspolitik an die EZB abzutreten und somit auch ein Stück der nationalen Identität aufzugeben.<sup>22</sup> Die Euro-Befürworter Tschechiens, zu denen auch die Notenbank zählt, sehen sich schon auf dem Weg zur einheitlichen Währung und betonen die Vorzüge (geringe Geldent-

---

<sup>17</sup> Vgl. Berlin Partner: Außenwirtschaft: Tschechische Republik, <http://www.wfbi.de/online/de/AW/v/3/seite7.jsp?nav1=open&nav2=open>, Stand: 18.10.2005

<sup>18</sup> Vgl. Auswärtiges Amt: Tschechische Republik. Wirtschaft, <http://auswaertiges- amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/TschechischeRepublik/Wirtschaft.html>, Stand: 27.12.2007

<sup>19</sup> Schon vor dem 2. Weltkrieg orientierte sich die ČSFR marktwirtschaftlich und die Wirtschaft wurde erst danach bis Ende der 80er Jahre verstaatlicht. (Vgl. Hink, Matthias: Vergleich der Gesetze zur Privatisierung der staatlichen Unternehmen in der ehemaligen DDR, Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik. Berlin, 1995, S. 86)

<sup>20</sup> Vgl. Artikel „Tschechische Republik“, in: Microsoft® Encarta® Professional 2002. © 1993-2001 Microsoft Corpo- ration.

<sup>21</sup> Vgl., ebd.

<sup>22</sup> Vgl. Nickel, Christiane: Insider und Outsider bei der Osterweiterung der Europäischen Währungsunion. Frankfurt am Main u.a., 2002, S. 17

wertung, ausgewogener Haushalt) einer Orientierung an der europäischen Währung und dem damit verbundenen Wechselkurssystem.<sup>23</sup> In Tschechien selbst wird die Euro-Einführung nach weiteren Reformen frühestens für 2009/2010 erwartet – so einigten sich zumindest die Nationalbank und das Finanz- und Industrieministerium 2003.<sup>24</sup> Auch der damalige Ministerpräsident Špidla entschied sich im selben Jahr für einen dementsprechenden Fahrplan, der neben den erforderlichen Reformen „den Abbau der Schulden, die Bekämpfung der Schattenwirtschaft und den Umbau des Renten- und Gesundheitssystems sowie der Verwaltung“<sup>25</sup> zum Ziel hat. Außerdem wird die Diskussion um die Euro-Einführung von der Tschechischen Nationalbank und der Regierung in Prag (bzw. dem Finanzministerium) geführt. So sorgte unter anderem die Aussage eines Mitglieds des Bankenrats, dass Tschechien für eine Einführung des Euro 2010 nicht vorbereitet sei, für Zündstoff.<sup>26</sup> Der damalige Ministerpräsident Paroubek hielt dagegen an einer Einführung bis 2010 fest.<sup>27</sup> Die langfristige Entwicklung, weg von der Krone und hin zum Euro, ist also nicht wirklich aufzuhalten.

## Außenpolitische Angelegenheiten/ Militär

Bereits sehr schnell nach der Trennung der Tschechoslowakei in zwei eigenständige Staaten strebte die Tschechische Republik die Anbindung an den Westen an. So bemühte sie sich frühzeitig um eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union, die im Mai 2004 erreicht wurde. Die NATO-Mitgliedschaft erfolgte schon fünf Jahre zuvor. Mit den östlichen Nachbarn Slowakei, Polen und Ungarn verbindet die Tschechische Republik die Visegrád-Mitgliedschaft („Visegrád 4“). Die vier Staaten fanden sich, auch aufgrund ihrer gemeinsamen geschichtlichen Erfahrung, im Februar 1991 im ungarischen Visegrád zusammen und hatten (wie es in der gemeinsamen Erklärung heißt) zuerst das Ziel, den Anschluss an das politische und wirtschaftliche System Europas zu schaffen. Das erste Europa-Abkommen zwischen EG und Visegrád gab es bereits im Dezember 1991. Die Zusammenarbeit findet in den Bereichen Regionales, Wirtschaft und Kultur statt – mit Blickpunkt auf eine freie, pluralistische und demokratische Gesellschaft nach dem Kommunismus. Der Visegrád-Fond 2000 kommt der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur, Bildung und Jugendaustausch zugute.<sup>28</sup>

Seit dem Beitritt zur NATO bringt sich Tschechien aktiv in die Frage um die euro-atlantischen Sicherheitsstrukturen ein, so sind/waren tschechische Streitkräfte seitdem überall in der Welt in Friedensmissionen vertreten (als SFOR und als KFOR im Kosovo, als Beteiligte bei der Operation „Althea“ der EU (EUFOR) in Bosnien-Herzegowina, 2002 im Rahmen von „Enduring Freedom“ in Kuwait und 2004 in Afghanistan für „Enduring Freedom“ und ISAF).<sup>29</sup> 2008 übernimmt Tschechien im Zuge der ISAF-Mission in Süd-Afghanistan ein „Provincial Reconstruction

---

<sup>23</sup> Vgl. Bank Austria Creditanstalt AG: Die EU-Erweiterung und Tschechien. XPLICIT. Osteuropareport. Konzernvolkswirtschaft und Marktanalysen. August 2003, S. 9

<sup>24</sup> Vgl. Czech Radio 7, Radio Prague Nachrichten (02.10.2003), <http://www.radio.cz/print/de/nachrichten/45894>, Stand: 25.10.2004

<sup>25</sup> Mitteldeutscher Rundfunk: Tschechien plant Euro-Einführung für 2009/2010 (14.10.2003), <http://www.mdr.de/eu/beitrittslaender/tschechien/politik/987620.html>, Stand: 24.06.2004

<sup>26</sup> Vgl. Tschechien-online: Streit in Tschechien um Termin für Euro-Einführung (13.10.2005), <http://www.tschechien-online.org/modules.php?name=News&file=article&sid=1241>, Stand: 31.10.2005

<sup>27</sup> Vgl. Gallistl, Vladan: Paroubek: Zadužme se víc. In: Lidové Noviny, 27. Oktober 2005, S. 1

<sup>28</sup> Vgl. V4 – Visegrad Group, <http://www.visegradgroup.org>, Stand: 02.11.05; Vgl. Schmidt, Dorothee: Wer sind die Visegrad-Staaten? (03.09.2003), <http://www.europa-digital.de/text/aktuell/fdw/visegrad.shtml>, Stand: 02.11.2005

<sup>29</sup> Vgl. Auswärtiges Amt: Tschechische Republik. Außenpolitik, [http://auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender\\_ausgabe\\_html?type\\_id=11&land\\_id=174](http://auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=11&land_id=174), Stand: 18.10.2005

Team“. Momentan sind außerdem 16 Soldaten an fünf UN-Missionen beteiligt.<sup>30</sup> So kommt die Tschechische Republik nicht nur ihren Bündnisverpflichtungen nach und ‚kehrt‘ nicht nur vor der eigenen Haustür, sondern beteiligt sich auch an Militäreinsätzen über den europäischen Kontinent hinaus (auch wenn im Verteidigungshaushalt enorm gekürzt wurde)<sup>31</sup>. Doch eine solche aktive Beteiligung am außenpolitischen Geschehen durch militärische Beteiligung stößt in manchen Fällen auch auf Protest. Eine vielfach kritisch beurteilte außenpolitische Positionierung erfolgte durch den Irak-Krieg 2003. Der offene Brief einiger Beitrittsländer (zu denen u.a. auch Tschechien gehörte) an die USA mit dem Angebot der vollen Unterstützung sorgte bereits für eine Verärgerung vieler Mitglieder der Europäischen Union. Die Tschechische Republik unterstützte die USA durch die Entsendung von einer Spezialeinheit zur Bekämpfung atomarer, chemischer und biologischer Kampfmittel, die zuvor in Kuwait stationiert war (mit der Voraussetzung einer UN-Resolution) sowie durch Militärpolizei, einem Feldhospital und humanitäre und finanzielle Aufbauhilfe – ein direkter Eingriff ins Kriegsgeschehen fand nicht statt. Die ABC-Spezialisten durften sich nur dann ohne UN-Mandat beteiligen, wenn der Irak Massenvernichtungswaffen anwendet, oder wenn zumindest der Verdacht ihrer Anwendung besteht. Die logische Konsequenz ist, dass sie auch ohne Mandat agieren könnten, weil sie ja sowieso nur gegen Massenvernichtungswaffen eingesetzt werden können.<sup>32</sup>

Wie auch in Deutschland führte der Irak-Krieg 2003 in Tschechien zu einem ‚Zwei-Lager-Verhältnis‘ – man war entweder für oder gegen den Krieg, und dieser Konflikt wurde innenpolitisch wie außenpolitisch ausgetragen. Der politische Diskurs wurde sowohl durch die Medien und die Bevölkerung, als auch durch die parteipolitischen Unterschiede bestimmt. Die Entscheidung für die Beteiligung erfolgte nicht einheitlich, da Präsident (Václav Havel war für eine Beteiligung) und Regierung nicht einer Meinung waren und auch die Regierung (bestehend aus einer Koalition von Sozialdemokraten, Christdemokraten und Liberalen) keine klare Position vertrat. Der damalige Ministerpräsident Špidla sprach sich gegen eine Mitgliedschaft in einer Allianz mit den USA aus; Außenminister Svoboda bestätigte, dass Tschechien die USA beim Kampf gegen den Irak unterstützen würde.<sup>33</sup> Havels Nachfolger Václav Klaus vertrat hingegen eine klare Anti-Kriegs-Stellung und bat den US-Botschafter in Prag sogar um Unterstützung, um Tschechien aus der Liste der „Koalition der Willigen“ zu streichen.<sup>34</sup> Tschechien zeigte sich im Februar 2003 auf dem Sondergipfeltreffen der EU-Staaten zum Thema Irak-Krieg versöhnlich und zählte sich selbst laut Aussage des tschechischen Botschafters bei der EU, Pavel Telička, nicht zu der „Koalition der Willigen“, sondern sah sich einig mit der EU-Position.<sup>35</sup> Auch 2007 waren u.a. Tschechische Militärpolizisten als Ausbilder im Irak; ihre Anzahl will Außenminister Karel Schwarzenberg jedoch immens vermindern.<sup>36</sup>

---

<sup>30</sup> Vgl. Auswärtiges Amt: Tschechische Republik. Außenpolitik, <http://auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/TschechischeRepublik/Aussenpolitik.html>, Stand: 27.12.2007

<sup>31</sup> Vgl., ebd.

<sup>32</sup> Vgl. Spengler, Frank/ Müller, Anneke: Tschechien und der Irak-Konflikt (26.02.2003), [http://www.kas.de/publikationen/2003/1543\\_dokument.html](http://www.kas.de/publikationen/2003/1543_dokument.html), Stand: 16.08.2004

<sup>33</sup> Vgl. Schubert, Gerald: Haltung Tschechiens im Irak-Krieg sorgt für innenpolitische Diskussionen (24.03.2003), <http://www.tschechien-portal.info/print.php?sid=355>, Stand: 16.08.2004

Vgl. Martin, Lothar: Tschechische Haltung zum Irak-Konflikt bleibt zögerlich und wankelmütig (18.03.2003), <http://www.radio.cz/de/artikel/38722>, Stand: 14.03.2005

<sup>34</sup> Vgl. Král, David: The Czech Republic and the Iraq crisis – oscillating between the two sides of the Atlantic (April 2003), [http://www.europeum.org/epin/comment\\_kral\\_apr03.pdf](http://www.europeum.org/epin/comment_kral_apr03.pdf), Stand: 28.04.2005

<sup>35</sup> Vgl. Schultheis, Silja: Tschechien identifiziert sich mit gemeinsamer EU-Position zur Irak-Frage (18.02.2003), <http://www.radio.cz/de/artikel/37694>, Stand: 16.03.2005

<sup>36</sup> Vgl. Auswärtiges Amt: Tschechische Republik. Außenpolitik, <http://auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/TschechischeRepublik/Aussenpolitik.html>, Stand: 27.12.2007



Als eine neue Demokratie versuchte sich die Tschechische Republik im Irak-Konflikt erstmalig in der internationalen/ transatlantischen Politik zu positionieren. Dass dies nicht im Rahmen der EU, respektive der GASP/ ESVP, sondern mit Tendenz zur USA hin geschah, ließ schon damals eine spannende Entwicklung für die Zukunft erwarten. Aktuell gelten die innenpolitischen Debatten dem von der USA geplanten Raketenabwehrsystem. Hierbei soll auf tschechischem Boden eine Radarbasis entstehen. Die Verhandlungen hierfür laufen noch.<sup>37</sup>

Ende März 1998 begannen die Verhandlungen um einen Beitritt Tschechiens zur EU, die 2002 erfolgreich endeten. Nach der erfolgreichen Volksabstimmung am 13./14. Juni 2003 gehört Tschechien nun seit dem 1. Mai 2004 der EU an. Die ersten Wahlen zum Europäischen Parlament gewann die konservative ODS (30,04%, 9 Sitze), Christdemokraten (9,57%) und Sozialdemokraten (8,78%) landeten um über 20% abgeschlagen auf den hinteren Plätzen und konnten so nur jeweils zwei Sitze für sich verbuchen. Der EU-Verfassungsvertrag wurde am 29.10.2004 in Rom vom damaligen Ministerpräsidenten Gross unterzeichnet, Präsident Klaus blieb dem Ereignis aufgrund seiner generellen europakritischen Einstellung fern.<sup>38</sup> Dies zeigt wieder einmal die Gespaltenheit Tschechiens auf außenpolitischer Bühne. Mit dem Regierungswechsel 2006 änderte sich auch die Position zu EU entscheidend. Die ablehnende Haltung in Bezug auf die Aufgabe von Souveränitätsrechten und die Absage an den EU-Verfassungsvertrag sind hier nur zwei Beispiele. Präsident Klaus unterstützt diese Politik tatkräftig.<sup>39</sup> Die tschechische EU-Präsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2009<sup>40</sup> kann somit sicherlich mit Spannung erwartet werden.

Die bilateralen politischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik sind vielfältig. Die beiden Länder haben nicht nur eine generell ausgeprägte Bindung auf politischer und wirtschaftlicher Ebene. Vor allem in den Bereichen rechtliche, polizeiliche und militärpolitische Zusammenarbeit und in Form des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds (u.a. für die Jugendbegegnung, Altenfürsorge und Partnerschaftsprojekte) und des Deutsch-Tschechischen Gesprächsforums (Diskussionen über Themen der bilateralen Beziehungen auch im Hinblick auf die EU) wird eng kooperiert. Begründet ist dieses Engagement durch den deutsch-tschechoslowakischen „Nachbarschaftsvertrag“ von 1992 und der deutsch-tschechischen Erklärung über die bilateralen Beziehungen von 1997. Beide Seiten betonen, dass die gemeinsame Vergangenheit der beiden Länder „zwar nicht vergessen werden, aber die Zukunft auch nicht blockieren dürfe“.<sup>41</sup> Das Prager Institut für Zeitgeschichte zeigt bis Ende 2008 in einem Ausstellungs- und Forschungsprojekt an Einzelbeispielen das Schicksal von Vertriebenen.<sup>42</sup> In diesem Sinne bestehen eine Reihe verschiedener Abkommen. Hierzu zählt auch das deutsch-tschechische Sozialversicherungsabkommen, welches auch Touristen bei der Kranken-, Renten- und Unfallversicherung für beide Seiten mit einschließt. Im Bereich der Justiz gilt bspw. der Europäische Haftbefehl per Gesetzeserlass seit November 2004 auch in Tschechien. Die Armeen beider Länder arbeiten auf der Grundlage der Vereinbarung der beiden Verteidigungsministerien

---

<sup>37</sup> Vgl., ebd.

<sup>38</sup> Vgl. Auswärtiges Amt: Tschechische Republik. Beziehungen der Tschechischen Republik zur Europäischen Union, [http://auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender\\_ausgabe\\_html?type\\_id=15&land\\_id=174](http://auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=15&land_id=174), Stand: 18.10.2005

<sup>39</sup> Vgl. Auswärtiges Amt: Tschechische Republik. Außenpolitik, <http://auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/TschechischeRepublik/Aussenpolitik.html>, Stand: 27.12.2007

<sup>40</sup> Vgl. Auswärtiges Amt: Tschechische Republik. Die Tschechische Republik in der Europäischen Union, <http://auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/TschechischeRepublik/BeziehungenZurEU.html>, Stand: 03.01.2008

<sup>41</sup> Vgl. Auswärtiges Amt: Tschechische Republik. Beziehungen zwischen der Tschechischen Republik und Deutschland, [http://auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender\\_ausgabe\\_html?type\\_id=14&land\\_id=174](http://auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=14&land_id=174), Stand: 18.10.2005

<sup>42</sup> Vgl. Auswärtiges Amt: Tschechische Republik. Beziehungen zwischen der Tschechischen Republik und Deutschland, <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/TschechischeRepublik/Bilateral.html>, Stand: 03.01.2008

von 1993 u.a. in der Aus- und Weiterbildung und der Rüstungskontrolle eng miteinander. Besonders bedeutend ist das bilaterale Streitkräfteaufenthaltsabkommen von 2003, welches den zeitlich begrenzten Aufenthalt (bis zu drei Wochen) von jeweils 3000 Streitkräften im Partnerland erlaubt.<sup>43</sup> Im Januar 2007 wurde die Ausbildungsvereinbarung über diesen Streitkräfte-Austausch geändert und hinsichtlich der rechtlichen Grundlagen intensiviert.<sup>44</sup> Die tschechische Armee ist seit dem 1.1.2005 eine reine Berufsarmee und inmitten einer größeren Umstrukturierungsphase. Die Streitkräfte sollen reduziert werden. Außerdem sieht die Reform einen Abbau von Standorten vor. In der NATO will sich die Tschechische Republik auf ihren Beitrag als ABC-Waffen-Abwehreinheit konzentrieren.<sup>45</sup>

## Ausblick

Die tschechische Entwicklung ist besonders im Bereich der Außenpolitik interessant. Das Engagement auf der außenpolitischen Bühne schwankt noch zwischen einer klaren EU-Position und einer Präferenzierung des transatlantischen Bündnisses. Auch die Positionierung innerhalb der EU im Hinblick auf die Rolle Tschechiens bei Verhandlungen kann weiterhin mit Spannung verfolgt werden. Positiv hervorzuheben sind vor allem die vielfältigen bilateralen Beziehungen zu Deutschland. Tschechiens Stärke ist seine Entschlossenheit, sich ins Weltgeschehen einzubringen und die Weltpolitik nach Jahren der Unterdrückung aktiv mitzugestalten, seine Schwäche hängt genau mit diesem Punkt zusammen. Die tschechische Außenpolitik wirkt in vielerlei Hinsicht, wie es nicht zuletzt auch die Diskussion um eine Beteiligung am Irak-Krieg gezeigt hat, unkoordiniert, wenn nicht gar fast schon chaotisch. Präsident und Regierung hatten in der Vergangenheit oft gegensätzliche Vorstellungen, was die Richtungsvorgabe angeht. Dies hat sich zumindest in Bezug auf die EU-Politik mit der neuen Regierung geändert. Der Präsident gehört nun einmal derselben Partei an wie die stärkste Kraft in der Koalition, die ODS. Die junge Demokratie der tschechischen Republik nach dem Kalten Krieg ist zwar nicht instabil, muss aber dennoch in ihren Strukturen und Entscheidungsprozessen weiter reifen, um auch als ‚vollwertiger‘ Akteur der Weltpolitik und nicht nur als kleiner Staat mit Geltungsbedürfnis gesehen zu werden. Hierzu zählt neben einer außenpolitischen Konstante auch die innenpolitische. Die letzten Jahre waren durch häufige Wechsel der Ministerpräsidenten, Skandale um Politiker, Rücktritte, Vertrauensfragen und zuletzt die monatelange Suche nach einer halbwegs stabilen Regierung geprägt. Diese Probleme gibt es selbstverständlich auch in anderen Ländern, aber gerade politisch und wirtschaftlich transformierte Länder müssen aufpassen, dass solche Geschehnisse nicht das grundsätzliche Vertrauen der Bevölkerung in die Exekutive, Legislative, Judikative und nicht zuletzt in den Staat und damit verbundene Prinzipien selbst erschüttern. Tschechien ist jedoch trotz aller Schwierigkeiten auf dem besten Wege, ein oben genannter ernst zu nehmender Akteur zu werden und auch die Innenpolitik auf eine ruhigere Schiene zu führen.

In wirtschaftlicher Hinsicht steht die Tschechische Republik noch am Anfang ihrer ‚vollwertigen‘ Integration in die EU: Der Beitritt zur EU und zum Schengener Abkommen ist geschafft, und nun wird sich mit dem Beitritt zum europäischen Währungsverbund das nächste Ziel gesetzt. Die Schonfrist durch die Übergangsregelungen wird nicht ewig bestehen bleiben, und so bleibt die Frage nach einem klaren Programm auf dem Weg zum Euro. Hierfür scheinen zwei Wege mög-

---

<sup>43</sup> Vgl. Auswärtiges Amt: Tschechische Republik. Beziehungen zwischen der Tschechischen Republik und Deutschland, [http://auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender\\_ausgabe\\_html?type\\_id=14&land\\_id=174](http://auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?type_id=14&land_id=174), Stand: 18.10.2005

<sup>44</sup> Vgl. Auswärtiges Amt: Tschechische Republik. Beziehungen zwischen der Tschechischen Republik und Deutschland, <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/TschechischeRepublik/Bilateral.html>, Stand: 03.01.2008

<sup>45</sup> Vgl. Mitteldeutscher Rundfunk: Ende der Wehrpflicht. Tschechiens Armee zieht letzte Rekruten ein (02.04.2004), <http://www.mdr.de/eu/aktuell/1300863.html>, Stand: 16.03.2005

lich. Zum Einen könnte Tschechien bei gleichzeitiger Umstrukturierung hin zur Euro-Zone erst eine abwartende Position einnehmen und die Entwicklung bzw. Etablierung des Euro auf dem internationalen Finanzmarkt abwarten. Da der Euro-Beitritt jedoch für die neuen Mitglieder ohnehin auf längere Sicht obligatorisch ist, und voraussichtlich keine Opting-Out-Klauseln mehr gewährt werden wie bei Dänemark und Großbritannien, müssen möglichst schnell die Konvergenzkriterien bewältigt werden. Zum Anderen könnte sich, wenn die Euro-Gegner die Oberhand gewinnen, ein völlig anderer Trend, hin zur Position Großbritanniens, durchsetzen. Nicht vergessen werden darf dabei, dass mit dem Beitritt zur EU auch der Beitritt zur Währungsunion und dem Euro impliziert ist. Die langfristige Entwicklung weg von der Krone und hin zum Euro ist also nicht wirklich aufzuhalten, sobald die Konvergenzkriterien erfüllt werden. Die Frage ist nur, ob Tschechien auf lange Sicht hin fähig ist, die harten Maßstäbe für den Euro an die gerade transformierte Wirtschaft anzulegen und die Konsequenzen in Kauf zu nehmen. Tschechien täte gut daran, sich erst auf die innerstaatlichen Reformen und Umstrukturierungen zu konzentrieren, ohne dabei das Ziel ‚Euro‘ aus den Augen zu verlieren. Das Land muss sich erst dem Beitritt und dessen immer noch bestehender Herausforderung stellen, denn schließlich müssen noch viele EU-Regelungen erfüllt werden. Die wirtschaftlichen Folgen der Transformation (wie auch dabei implizierte Umwandlungen der sozialen Strukturen) würden sonst noch weiter um sich greifen und Tschechien in eine schwere Krise, wie noch Mitte der 90er Jahre, stürzen. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung und deren Pläne würde darunter leiden und schlimmstenfalls die Tschechische Republik in der EU wenige Jahre nach dem erfolgreichen Beitritt isolieren.

## Literatur/ Internet

- Artikel „Tschechische Republik“, in: Microsoft® Encarta® Professional 2002. © 1993-2001 Microsoft Corporation.
- Auswärtiges Amt: Tschechische Republik, <http://auswaertiges-amt.de>, Stand: 20./27.12.2007; 03.01.2008
- Bank Austria Creditanstalt AG: Die EU-Erweiterung und Tschechien. XPLICIT. Osteuropareport. Konzernvolkswirtschaft und Marktanalysen. August 2003.
- Berlin Partner: Außenwirtschaft – Tschechische Republik, <http://www.wfbi.de>, Stand: 18.10.2005
- Czech Radio 7, Radio Prague Nachrichten (02.10.2003), <http://www.radio.cz/print/de/nachrichten/45894>, Stand: 25.10.2004
- Daten und Fakten, Botschaft der Tschechischen Republik in Berlin, <http://www.mzv.cz>, Stand: 11.10.2005
- Deutsch-tschechische Industrie- und Handelskammer: Tschechische Wirtschaft in Zahlen, <http://www.dtihk.cz/Wirtschaft/ZAHLEN.htm>, Stand: 18.10.2005
- Deutsch-tschechische Industrie- und Handelskammer: Wirtschaftliche Kennzahlen und Statistiken, Arbeitslosenquote nach Bezirken März 2007, [http://www.dtihk.cz/fileadmin/user\\_upload/Wirtschaftsdaten/Arbeitsmarkt/Arbeitslosenquote\\_bezirken\\_0\\_07.pdf](http://www.dtihk.cz/fileadmin/user_upload/Wirtschaftsdaten/Arbeitsmarkt/Arbeitslosenquote_bezirken_0_07.pdf), Stand: 27.12.2007
- Gallistl, Vladan: Paroubek: Zadlužme se víc. In: Lidové Noviny, 27. Oktober 2005, S. 1.
- Hink, Matthias: Vergleich der Gesetze zur Privatisierung der staatlichen Unternehmen in der ehemaligen DDR, Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik. Berlin, 1995.
- Král, David: The Czech Republic and the Iraq crisis – oscillating between the two sides of the Atlantic (April 2003), [http://www.europeum.org/epin/comment\\_kral\\_apr03.pdf](http://www.europeum.org/epin/comment_kral_apr03.pdf), Stand: 28.04.2005
- Martin, Lothar: Tschechische Haltung zum Irak-Konflikt bleibt zögerlich und wankelmütig (18.03.2003), <http://www.radio.cz/de/artikel/38722>, Stand: 14.03.2005
- Mitteldeutscher Rundfunk: Ende der Wehrpflicht. Tschechiens Armee zieht letzte Rekruten ein (02.04.2004), <http://www.mdr.de/eu/aktuell/1300863.html>, Stand: 16.03.2005

- Mitteldeutscher Rundfunk: Politisches System. Zweikammernparlament und starker Präsident (09.04.2003), <http://www.mdr.de/eu/beitrittslaender/tschechien/658301.html>, Stand: 16.03.2005
- Mitteldeutscher Rundfunk: Tschechien plant Euro-Einführung für 2009/2010 (14.10.2003), <http://www.mdr.de/eu/beitrittslaender/tschechien/politik/987620.html>, Stand: 24.06.2004
- Nickel, Christiane: Insider und Outsider bei der Osterweiterung der Europäischen Währungsunion. Frankfurt am Main u.a., 2002.
- Politisches System, Botschaft der Tschechischen Republik in Berlin, <http://www.mzv.cz>, Stand: 11.10.2005
- Schubert, Gerald: Haltung Tschechiens im Irak-Krieg sorgt für innenpolitische Diskussionen (24.03.2003), <http://www.tschechien-portal.info>, Stand: 16.08.2004
- Schultheis, Silja: Tschechien identifiziert sich mit gemeinsamer EU-Position zur Irak-Frage (18.02.2003), <http://www.radio.cz/de/artikel/37694>, Stand: 16.03.2005
- Spengler, Frank/ Müller, Anneke: Tschechien und der Irak-Konflikt (26.02.2003), [http://www.kas.de/publikationen/2003/1543\\_dokument.html](http://www.kas.de/publikationen/2003/1543_dokument.html), Stand: 16.08.2004
- Tschechien: Klaus bleibt Präsident. In: Westdeutsche Zeitung, 16. Februar 2008, S. 4
- Tschechien-online: Streit in Tschechien um Termin für Euro-Einführung (13.10.2005), <http://www.tschechien-online.org>, Stand: 31.10.2005
- V4 – Visegrad Group, <http://www.visegradgroup.org>, Stand: 02.11.05
- van Ooyen, Robert Chr.: Misstrauensvotum und Parlamentsauflösung: Regierungssysteme der MOE-Staaten im Vergleich. Duisburg, 2000.
- Vodička, Karel: Politisches System Tschechiens. Vom kommunistischen Einparteiensystem zum demokratischen Verfassungsstaat. Münster, 1996.
- Vodička, Karel: Das politische System Tschechiens. Wiesbaden 2005.

[www.tschechien.de](http://www.tschechien.de) (Allgemeine Informationen)

[www.czech.cz](http://www.czech.cz) (offizielle Seite des Außenministeriums der Tschechischen Republik)

[www.mzv.cz/berlin](http://www.mzv.cz/berlin) (Botschaft der Tschechischen Republik in Deutschland)

[www.czech-berlin-de](http://www.czech-berlin-de) (Tschechisches Zentrum in Berlin, Informationen/Veranstaltungen etc.)

[www.tschechien-portal.info](http://www.tschechien-portal.info) (Deutsch-tschechisches Informationsnetzwerk)

## DIAS-Analysen

- |    |  |                |
|----|--|----------------|
| 1  | Rainer Winkler<br>Die Irak-Krise im Bundestagswahlkampf 2002   | August 2003    |
| 2  | Rouven Klein<br>Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP): Finalität europäischer Integration und Projekt dauerhaften Friedens. Eine Konzeption auf der Grundlage der Zivilisierungstheorie von Dieter Senghaas | Oktober 2003   |
| 3  | Michaela Hertkorn<br>Warum die deutsch-amerikanischen Beziehungen von zentraler Bedeutung für das atlantische Bündnis sind: Deutschlands theoretische Rolle in der Mitte Europas (auch in Englisch erschienen)                     | November 2003  |
| 4  | Heiko Borchert<br>Linking Corporate Governance with Good Governance: An Increasingly Important Foreign Policy Task   | Dezember 2003  |
| 5  | Heiko Borchert / Daniel Maurer<br>Comeback, Toolkit, or Dissolution? Five Scenarios for NATO's Future  | Januar 2004    |
| 6  | Marc Houben<br>Operations in Iraq. The New Face of International Crisis Management   | Juli 2004      |
| 7  | Michaela Hertkorn<br>Why German-US Relations Still Matter to the Transatlantic Alliance. One Year After the War in Iraq  | August 2004    |
| 8  | Dimitrios Argirakos<br>Die Bush-Doktrin  | November 2004  |
| 9  | Babak Khalatbari / Marc Lauterfeld<br>Under Full Sail in a Millenium of Migration? Enlargement in the East and "Push and Pull Factors" in the South  | November 2004  |
| 10 | Babak Khalatbari / Marc Lauterfeld<br>Ein libysches Märchen aus 1001 Nacht.  | November 2004  |
| 11 | Dustin Dehéz / Babak Khalatbari<br>Die regionale Dimension der Globalisierung. Konsequenzen für Staat und Gesellschaft   | Februar 2005   |
| 12 | Marwan Abou-Taam<br>Die Psychologie des Terrors – Gewalt als Identitätsmerkmal in der arabisch-islamischen Gesellschaft  | Februar 2005   |
| 13 | Roman Schmidt-Radefeldt<br>Die Weiterentwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im EU-Verfassungsvertrag: Auf dem Weg zu einer europäischen Armee?   | April 2005     |
| 14 | Henrike Paepcke<br>Another U.N. Secretary-General soon Decapitated?  | Mai 2005       |
| 15 | Babak Khalatbari<br>Der Nahe Osten, Nordafrika und die Europäische Union. Mögliche Entwicklungsszenarien und ihre Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft  | Juni 2005      |
| 16 | Dustin Dehéz<br>Ein neuer Krieg am Horn von Afrika? – Die vergessene Friedensmission an der Grenze zwischen Äthiopien und Eritrea  | September 2005 |

- |    |   |              |
|----|---|--------------|
| 17 | Cornelia Frank<br>Polens Sicherheitspolitik in der Transformation   | Oktober 2005 |
| 18 | Dustin Dehéz<br>Somalia vor der Rückkehr der Übergangsregierung – Eine Anleitung zum Scheitern äußerer Interventionen | Oktober 2005 |
| 19 | Glenn Gassen<br>Finnland und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)                             | April 2007   |
| 20 | Marwan Abou-Taam<br>Terrorismus – die Operationalisierung eines Begriffs  | Mai 2007     |
| 21 | Klaudia Köhn<br>Česka Republika – Die Tschechische Republik im Überblick  | Februar 2008 |

*DLAS ANALYSEN stehen über [www.dias-online.org](http://www.dias-online.org) zum Download zur Verfügung.*

**Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik**

2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Rede sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2007, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik, Universitätsstrasse 1, D-40225 Düsseldorf, [www.dias-online.org](http://www.dias-online.org)